Rüsselsheimer Echo 22.8.2018

DemonstrationProtest gegen Stellenabbau bei Rhenus

22.08.2018 Von SVEN WESTBROCK Bei einem Opel-Zulieferer ist die Hälfte der Arbeitsplätze bedroht. Weil die Verhandlungen über den Stellenabbau in das Konferenz-Zentrum am Flughafen verlegt wurden, taten die Mitarbeiter ihren Unmut dort lautstark kund. Draußen wie drinnen.

Foto: Sven Westbrock Die Gewerkschaftsfahnen schwenkend steigen die Demonstranten am Flughafen die Treppen rauf. Fotos: sw

Rüsselsheim/Frankfurt.

Viele Reisende schauen am Montagmorgen verwundert. Mehrere Dutzend Männer und Frauen marschieren da am Frankfurter Flughafen. Und zwar lautstark, ausgestattet mit Megafon, Trillerpfeifen und Trommeln. Auf ihren roten Westen steht der etwas nebulöse Spruch „Miteinander für morgen“. Konkreter wird es auf den Transparenten, die sie in die Luft halten. „Stellt euch nicht quer, unser Einsatz verdient mehr, faire Abfindung jetzt!“, heißt es da zum Beispiel.

Gerichtet ist der Appell an die Chefetage des Opel-Zulieferers Rhenus SCR, der seinen Rüsselsheimer Standort auf dem Gelände des Autobauers hat. Denn der Arbeitgeber verhandelt gerade mit Vertretern des Betriebsrats über die berufliche Zukunft der Demonstranten. Die Hälfte der 480 Arbeitsplätze soll bei Rhenus in Rüsselsheim wegfallen. Treffen kann es Leiharbeiter wie Festangestellte.

Der geplante Stellenabbau steht im Zusammenhang mit dem Verkauf von Opel an die französische PSA-Gruppe. Die Rhenus-Mitarbeiter sind unter anderem für die Vormontage der Autos zuständig. Die allerdings werden, wie IG-Metall-Gewerkschaftssekretär Daniel Bremm zu bedenken gibt, inzwischen mit weniger Teilen gebaut. Dementsprechend würden auch weniger Arbeiter für die Montage benötigt.

Faire Abfindungen

Dass Stellen abgebaut werden, scheint somit unausweichlich. Das wissen auch die Demonstranten. Umso wichtiger sind ihnen daher faire Abfindungen. „Wir fordern zwei Brutto-Monatslöhne für jedes Jahr der Betriebszugehörigkeit“, sagt Bremm. Zu erwarten sei momentan jedoch nur ein halber Monatslohn pro Jahr. „Die Betroffenen verdienen im Schnitt 2400 Euro im Monat. Da wären das bei zehn Jahren gerade einmal 12 000 Euro“, rechnet Bremm vor. Viel zu wenig, findet er, zumal viele Betroffene zwar schon lange im Betrieb seien, jedoch keine Berufsausbildung hätten und es somit für sie schwierig auf dem Arbeitsmarkt würde. Eine der Frauen, die an der Demo teilnehmen, ist schon seit 17 Jahren dabei. Jetzt hat sie Angst, dass sie zum Ende des Jahres gehen muss. Vielen Kollegen gehe es ähnlich.

Bild-Zoom Bremm erklärt das Anliegen, . . .

Ziel des Protestmarsches ist das Konferenz-Zentrum des Flughafens. Denn dort sitzen die Verhandlungspartner der so genannten Einigungsstelle zurzeit zusammen. Über die Auswahl des Ortes zeigt sich Bremm befremdet. Während der Verhandlungen, die nunmehr ein halbes Jahr dauern, habe es schließlich auch schon eine Einigungsstelle in Rüsselsheim gegeben.

Als die Gruppe das Gebäude betritt, wird es nicht etwa leiser, eher im Gegenteil. Zu Pfeifen und Trommeln gesellt sich jetzt auch noch Gesang. Angestimmt wird „Die Internationale“ – das Kampflied der Arbeiterbewegung. Die Stimmung ist angespannt, das Personal im Konferenz-Zentrum sichtlich irritiert, ob des Trosses der da kommt. So werden die Demonstranten zunächst gebeten, wieder zu gehen.

Harte Verhandlungen

Erst als Bremm das Anliegen erklärt, ein Gespräch mit jemandem von der Einigungsstelle, kommt Bewegung in die Sache. Wenig später erscheint Betriebsratschef Ali Abalyeh. Die Verhandlungen seien hart, sagt er. Bei den Abfindungen bestehe die Geschäftsleitung auf einen halben Monatslohn pro Monat. Diesen würden die Betroffenen allerdings von jedem Arbeitsgericht ohnehin zugesprochen bekommen. „Wir werden uns weiter für faire Abfindungen einsetzen“, betont er.

Manch einem scheint dieses Versprechen nicht zu reichen. „Dann kommen wir nachher wieder und fragen noch mal nach“, ruft einer. Und das ist durchaus ernst gemeint. Am Nachmittag demonstrieren die Mitarbeiter der Spätschicht am Flughafen.

Die Geschäftsleitung von Rhenus war indes nicht für eine Stellungnahme zu erreichen.